

Medienmitteilung vom 29. August 2006

Schuldenbremse höchstens als ultima ratio gegen Schuldenexzesse

Im Interesse einer nachhaltigen Finanzpolitik sind die Grünen Kanton Bern zu einer Diskussion über Mittel zur Sicherung des Haushaltgleichgewichts bereit. Die Einführung einer Schuldenbremse, die den Kanton zum Führen einer prozyklischen Haushaltspolitik zwingen würde, lehnen die Grünen klar ab. Als gangbarer Weg könnte sich unter gewissen Voraussetzungen eine finanzpolitische Regelbindung erweisen, die allein einen Wiederanstieg der kantonalen Schuldenquote auf über 20% verhindern soll.

Eine konstruktive Diskussion über die Sicherung des Haushaltgleichgewichts setzt voraus, dass eine unvoreingenommene Analyse der gegenwärtigen Lage und Entwicklung der Kantonsfinanzen vorgenommen wird. Die Grünen weisen in ihrer Vernehmlassung deshalb nach, dass die Zunahme der Verschuldung zwischen 1989 und 1997 nicht auf eine aus dem Ruder gelaufene Ausgabenpolitik zurückzuführen ist. Seit 1998 hat der Kanton Bern seine Schuldensituation verbessert und in den letzten sieben Jahren seine Investitionen vollumfänglich selber finanziert. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass die bestehende Defizitbremse zur Sicherung eines ausgeglichenen Haushalts ausreicht.

Eine Schuldenbremse - insbesondere nach dem von der Kommission favorisierten Modell «Haushaltausgleich» - würde die Investitionstätigkeit des Kantons erheblich unter Druck setzen und damit negative konjunkturpolitische Anreize schaffen. Deshalb lehnen die Grünen eine Schuldenbremse nach dem Modell «Haushaltausgleich» ab. Sie würden sich mit allen demokratischen Mitteln gegen diese schädliche finanzpolitische Restriktion wehren, käme sie zum Durchbruch. Unter bestimmten Voraussetzungen sind die Grünen allerdings trotz einiger Skepsis bereit, dem Modell Schuldenquote zuzustimmen.

Eine Zustimmung zum Modell Schuldenquote ist allerdings nur unter der Voraussetzung denkbar, dass die Schuldenbremse als letzte Sicherung gegen ein allfälliges Wiederansteigen der Schuldenquote auf einen finanzpolitisch nicht erwünschten Wert ausgestaltet wird; diesen Wert setzen wir bei 20% an. Wird der Wert tiefer angesetzt und der Kanton Bern damit a priori zu einem weiteren Abbau der Verschuldung gezwungen, würden die Grünen auch dieses Modell ablehnen.

Für weitere Auskünfte:

Blaise Kropf, Grossrat, 079 263 47 68